

# **Die DKP Heidenheim**

## **steht für einen sozialen und kommunalen Mietwohnungsbau.**

**Der soziale Mietwohnungsbau muss zur Kernaufgabe einer Stadt gehören.**

**Keine Profite mit kommunalem, und städtischem Eigentum!**

**Eigentum ist geschützt, aber Eigentum ist auch Verpflichtung gegenüber der Allgemeinheit.**

**Wohnen ist ein Menschenrecht!**

Mehr sozial geförderte Wohnungen fallen aus der Mietpreisbindung heraus, als neue dazu kommen.

Selbst Bürgerinnen und Bürger mit mittlerem Einkommen stehen vor den Sozialämtern.



**Die DKP Heidenheim fordert:**

*Grund und Boden des ehemaligen Wohngebiets „Klein Zürich“ bleibt in kommunalem Besitz. Dieses kommunale Grundstück wird mit kommunalen und sozialen Mietwohnungen bebaut.*

*Die Wiederherstellung der Gemeinnützigkeit und die Förderung des kommunalen Wohnungsbaus von Land und Bund müssen vom Gemeinderat als kommunales Ziel verfolgt werden.*

*Städtische Grundstücke, die für privates Wohneigentum vergeben werden,*

**können nur noch in Erbpacht vergeben werden.**

Grund und Boden müssen der privaten Verfügungsgewalt entzogen werden. Es führt kein Weg daran vorbei, bezahlbare Wohnungen können nur bei einer grundlegenden Änderung des Bodenrechts erreicht werden. Gemeinderat und OB Bernhard Ilg müssen handeln!

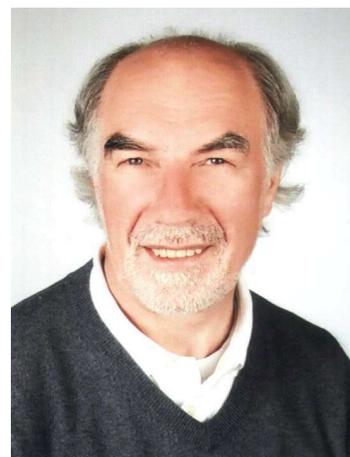
**Keine Privatisierung Von Grund und Boden**

Die Daseinsvorsorge beinhaltet immer eine solidarische Umverteilung von reich zu arm, von stark zu schwach. Einrichtungen der Daseinsvorsorge müssen unter politischer Kontrolle betrieben werden. Sie gehören so zum öffentlichen Raum und nicht zum Bereich des privaten Wirtschaftens unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Weil eine solidarische Daseinsvorsorge anderen Prinzipien folgt, nämlich dem Bedarf und nicht der Nachfrage, muss sie in ihrer Grundausrichtung einen anderen inneren Aufbau und Charakter besitzen.

**Bezahlbare Mieten statt hoher Immobilienprofite! Kommunaler Wohnungsbau hat Vorrang!**



**Reinhard Püschel**  
Stadtrat und  
Kandidat Europawahl



# Unsere Stadt braucht eine nachhaltige Verkehrswende

Planungsziele müssen frei sein von Individualverkehrsideologien und von den Lobbyisten der Lkw und Pkw Produktion bei VW, BMW, Daimler Benz und Audi.

Sie müssen in ihrem Planungsziel für Nachhaltigkeit über lange Zeiträume verpflichtet sein.

Eine lebenswerte und attraktive Stadt für die Zukunft muss befreit werden vom Individualverkehr.

Heidenheim und seine Umgebung eignet sich gerade wegen seiner beengten und eigenartigen Topographie für den Ausbau des ÖPNV, in unserer Stadt und hinein ins Umland in die Fläche.

Das Einkaufs-, Kultur-, Sport-, Arbeits- und Lebenszentrum Heidenheim wird lebenswerter mit einer ÖPNV-Zukunft und nicht mit innerstädtischen Untertunnelungen und weiteren Waldrodungen wie im Osterholz, mit einem Hansegispass oder den Reutenen Süd.

Der auf den Hauptachsen B19 und B466 wachsende Lkw-Transitverkehr muss mit drastischen Maßnahmen eingeschränkt werden.

## Heidenheim, liegt an den Achsen für Europas Fernverkehr

Insbesondere ist der Knotenpunkt bei der Bundesstraßen der B19 und der B466 am Totenberg für eine Richtungsänderung im Lkw-Fernverkehr, in der Nord-/Süd- und West-/Ost- Richtung bedeutend.



Die Fakten sprechen für sich.

24 863 Pkw sind innerorts der tägliche Mittelwert für die B19 Abfahrt Totenberg zur B466. Der Schwerlastverkehr liegt bei 1 319 Fahrzeugen. Die Lkw-Zulassungen von 03/2017 auf 03/2018 nahmen um 3,4 Prozent zu. Das ist doppelt so viel wie bei den Pkw. Ein Beweis des anhaltenden Booms beim Gütertransport über die Straßen.

16 900 Auspendler aus dem Kreis und umgekehrt 13 700 Einpendler in den Kreis, die sich irgendwo auf unseren Straßen begegnen, kommen hinzu.

Am Knotenpunkt Heckentalkreuzung B466 wurden an Werktagen in 24 Stunden im Durchschnitt 39 400 Fahrzeuge gezählt.

**Grundsätzlich ist der Lkw-Schwerlastverkehr auf den Verkehrsachsen durch Heidenheim zu reduzieren.**

**Für den Lkw-Schwerlastverkehr auf der B466 muss ein Durchfahrtsverbot kommen.**

**Nur so lassen sich walddraubende Umfahrungen und Tunnelleingriffe in unser Stadtbild verhindern.**

## Die DKP ist für eine umfassende Verkehrswende

Das bedeutet:

- \* Die nichtmotorisierten Verkehrsarten (Zufußgehen und Radfahren) müssen kommunalpolitisch nachhaltig gefördert werden.
- \* Kommunalpolitisch muss die Möglichkeit nach autofreien Wohnquartieren oder Teilorten untersucht werden. Eine „Autofreie oder Autoarme Stadt“ ist anzustreben.
- \* Hierzu ist es nötig, dass der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) zielgerichtet möglichst mit emissionsfreien Antrieben ausgebaut wird.
- \* Den Grundsatz beachten: „Wer Straßen baut, wird Straßenverkehr ernsten“. Oder „Wer Autobahnen effizienter macht, wird noch mehr Autobahnverkehr ernsten“.
- \* Den Güterverkehr massiv reduzieren. Der Straßengüterverkehr muss auf die Schiene. Die Eisenbahn zur Flächen- und Bürgerbahn. Die Elektrifizierung, muss mit einer günstigen Preisgestaltung, ausgebaut werden um die Fernbuskonkurrenz auszugrenzen.

Bei der Verkehrspolitik geht es um existentielle Grundanliegen. Die CO2 Emission, die für den Treibhauseffekt unseres Klimas verantwortlich ist, muss gemäß den Beschlüssen der Klimakonferenzen drastisch und sofort reduziert werden.

Dazu eine Anmerkung:

Solange in der BRD weit über die Hälfte des Stroms aus fossilen Quellen, an erster Stelle aus Kohle und Braunkohle gewonnen wird, so lange ist das E-Auto nicht klimaneutral. Der Slogan „null Emission“ ist eine bewusste Täuschung.

# Kindergärten und Schulen kostenfrei

„(1) Jeder junge Mensch hat ohne Rücksicht auf Herkunft oder wirtschaftliche Lage das Recht auf eine seiner Begabung entsprechende Erziehung und Ausbildung.

(2) Das öffentliche Schulwesen ist nach diesem Grundsatz zu gestalten.

(3) Staat, Gemeinden und Gemeindeverbände haben die erforderlichen Mittel, insbesondere auch Erziehungsbeihilfen, bereitzustellen.“

(Artikel 11 der Verfassung des Landes Baden Württemberg)

Lernen beginnt ab der Geburt. In der sozialen Umwelt stellt das Verhalten von Bezugspersonen für die Kinder einen wichtigen Aspekt der Lernmotivation dar. Schulbildung ist zwar das Hoheitsgebiet der Länder, dennoch können Kommunen mit sinnvollen Maßnahmen die Bildungschancen für alle gerechter gestalten.

Die DKP Heidenheim setzt sich im Gemeinderat für ein zukunftsorientiertes, pädagogisch begleitetes Lernen der Kinder vom frühesten Alter ein.

## Kindergärten

Die DKP befürwortet folgende Verbesserungen für die Heidenheimer Kindergärten:

- Kostenloser Kindergartenbesuch aller Kinder
- Qualifiziertes pädagogisches und gut bezahltes Personal
- Gezielte Sprachförderung
- Berichtspflicht für Betriebskindergärten



**Claudia Cina**  
Kandidatin zur Gemeinderatswahl 2019

## Schulen

Schulen können durch zusätzliche Förderungen unterstützt werden. Die DKP setzt sich für folgende Maßnahmen in den Heidenheimer Schulen ein:

**Bildung darf nichts kosten. Außer etwas Anstrengung.**



- Bildung darf nicht weiter vom sozialen Status der Eltern abhängen!
- Das gemeinsame Lernen bis zur 10. Klasse mit der Möglichkeit zur Leistungsdifferenzierung innerhalb der Klassenverbände. Schüler lernen in der Gemeinschaft mit und von ihren Mitschülern.
- Kleinere Klassen, maximal 18 Schüler. Dadurch wäre die notwendige individuelle Förderung gewährleistet.
- Schulsozialarbeit an allen Heidenheimer Schulen.
- Kostenloses Mittagessen für alle Schülerinnen und Schüler.
- Kostenlose Schülerbeförderung.
- Kostenlose Betreuung nach dem Unterricht durch pädagogische Kräfte.
- Pazifistische Bildung ist ein großer Schritt in eine humane Gesellschaft. Bundeswehr und Reservistenvereinigungen haben in den Schulen nichts zu suchen!

**Kinder sind unsere Zukunft. Jede noch so kleine Investition zahlt sich mehrfach im positiven Zusammenleben unserer Gesellschaft aus.**

# Die Armen werden immer ärmer, die Reichen immer reicher.

Vor 14 Jahren war es schon bekannt, eine Analyse des Statistischen Landesamtes hat es bestätigt: Der Landkreis Heidenheim ist weiter ein trauriger Rekordhalter geblieben. In einer Kreistagssitzung mussten sich die Anwesenden anhören, dass sich im Landkreis nichts geändert hat und er weiter das „Armenhaus“ in Baden-Württemberg ist.

**Der Landkreis Heidenheim hat**

- **immer noch die höchste Arbeitslosigkeit.**
- **immer noch die höchste Zahl von Langzeitarbeitslosen.**
- **immer noch die höchste Quote von Sozialhilfeempfängern.**
- **immer noch die höchste Quote von Kindern, die in Armut leben müssen.**

Die Schere zwischen Arm und Reich geht weiter auseinander. Vor allem für viele Jugendliche und Kinder ist die soziale Benachteiligung in unserem reichen Land ein Dauerzustand.

Laut der Bertelsmann-Stiftung sollen in Deutschland 2 Millionen Kinder in Armut leben.

Aktuell wachsen laut Deutschem Kinderschutzbund 2,7 Millionen Kinder und Jugendliche in Armut auf.

Soziale Organisationen wie die Caritas bezeichnen es als beschämend, dass 358 000 Kinder in Baden-Württemberg von Armut betroffen sind.

## Wie sieht es in Heidenheim aus?

Die Stadt Heidenheim hat die Aufgabe, die Armut zu bekämpfen. Sie muss endlich zu der Erkenntnis kommen, dass die Beseitigung der Armut eine vordringliche Aufgabe der Stadt ist.

Das ist aber nur möglich, wenn sich die Stadt vorrangig mit dem Thema befasst.

Die Aussage von OB Ilg, „das ist Sache des Landkreises“, darf man so nicht stehen lassen.

Denn auch die Stadt Heidenheim muß darüber Bescheid wissen, wie gut oder schlecht es den Bürgerinnen und Bürgern geht.

Es geht nur GEMEINSAM !

Mit dem Landkreis, dem Jobcenter und den Sozialverbänden (wie Caritas) muss endlich ein Anfang gemacht werden. Ein Überblick und eine Lösung müssen endlich her.

Stadtrat Püschel stellte deshalb zur Haushaltsberatung 2019 den Antrag:

**Die Stadt Heidenheim befasst sich eindringlich mit dem Thema Armut in Heidenheim. Gemeinsam mit dem Landkreis, dem Jobcenter und Caritas werden Maßnahmen gegen die Armut erarbeitet.**

Bisher wurden diese Anträge von der Stadtverwaltung abgelehnt.

**Wer den Reichen nichts nimmt,  
kann den Armen nichts geben.**

Also Kommunisten wählen!  
**DKP**

**Wilhelm Benz  
Kandidat zur  
Gemeinderatswahl**



## Stadtwerke sperren Strom

Auch in Heidenheim wird „säumigen Kunden“ der Strom abgestellt!

Eine genaue Zahl war leider von den Stadtwerken nicht zu erfahren.

Aber, es trifft auch hier wieder die Armen!

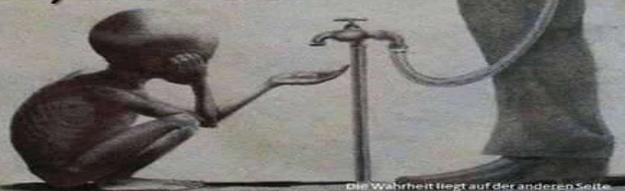
Die Stromversorgung darf der Versorger erst unterbrechen, wenn der Kunde mit mindestens 100 Euro in Zahlungsverzug ist und nachdem

er eine Mahnung mit der Androhung einer Sperrung erhalten hat. Bevor der Strom tatsächlich abgestellt wird, muss der Versorger dem Verbraucher eine entsprechende Ankündigung zustellen und ihm eine letzte Gelegenheit zur Zahlung geben.

ViSdP: DKP Heidenheim  
W. Benz, Schumannstr. 3  
89518 Heidenheim

Hunger gibt es nicht,  
weil wir die Armen  
nicht ernähren können..

Hunger gibt es, weil der  
Hunger der  
Reichen  
nicht zu  
stillen ist!



Die Wahrheit liegt auf der anderen Seite.  
www.fotozoo.com/244-Wahrheit